

# Das Budget 2023 prognostiziert ein Defizit

Der Gemeinderat rechnet im Budget 2023 mit einem Defizit in der Erfolgsrechnung von 378'635 Franken. Im Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2024 – 2027 werden jährliche Defizite von durchschnittlich 0.98 Mio. Franken prognostiziert. Die finanzpolitische Reserve wird dadurch spätestens Ende 2025 aufgelöst sein. Per Ende 2026 droht die Überschuldung.

Das Investitionsbudget 2023 sieht Nettoinvestitionen von 2.2 Mio. Franken vor. In den Planjahren werden im Durchschnitt netto 2.1 Mio. Franken pro Jahr investiert. Die langfristigen Schulden werden per Ende 2027 15.5 Mio. Franken betragen.

Das Budget 2023 rechnet bei einem Aufwand von 12'253'899 Franken und einem Ertrag von 11'875'264 Franken mit einem Aufwandüberschuss von 378'635 Franken. Ohne den Sondereffekt einer Landaufwertung von 0.5 Millionen Franken würde das Defizit 878'635 Franken betragen. Mit Ausnahme der Aufgabenbereiche Soziale Sicherheit und Umweltschutz und Raumordnung wird in allen anderen Bereichen mit Mehrausgaben gegenüber dem Budget 2022 gerechnet. Aus dem Aufgabenbereich Finanzen und Steuern werden Mehreinnahmen im Umfang von 461'000 Franken erwartet.

Das Investitionsbudget 2023 sieht Nettoinvestitionen in das Verwaltungsvermögen von 2'219'000 Franken vor. Die Selbstfinanzierung verbessert sich gegenüber dem Budget 2022 um 0.42 Millionen Franken auf –0.35 Millionen Franken. Daraus resultiert ein Selbstfinanzierungsgrad von –16 Prozent (18 Prozentpunkte besser als im Budget 2022). Der Finanzierungsfehlbetrag verbessert sich mit dem Budget 2023 um 0.47 Millionen Franken auf –2.6 Millionen Franken gegenüber dem Budget 2022 bleibt aber weiter negativ. Die Nettoinvestitionen können nicht mit selbst erwirtschaftet Finanzmitteln bezahlt werden, was sich auf die langfristigen Schulden auswirken wird. Per Ende 2023 werden diese voraussichtlich 5 Millionen Franken betragen.

## Verschiedene Entwicklungen belasten den Finanzhaushalt

Verschiedene aktuelle Entwicklungen belasten den Oberdörfer Finanzhaushalt. In Folge des Krieges in der Ukraine mussten die Aufwendungen für die Betreuung und Unterbringung von Geflüchteten berücksichtigt werden. Aufgrund des steigenden Preisniveaus hat der Gemeinderat die Löhne um 2 Prozent erhöht, um die Teuerung teilweise ausgleichen zu können. Weiter wird das Budget 2023 durch die höheren Energiepreise, durch höhere Ausgaben in den Aufgabenbereichen Bildung, der öffentlichen Ordnung und Sicherheit sowie beim Verkehr belastet.

#### Gleichbleibende Steuereinnahmen

Das Budget 2023 rechnet mit unveränderten Steuereinnahmen von total 4.47 Millionen Franken gegenüber dem Budget 2022. Die Steuererträge der natürlichen Personen sind mit gleichbleibenden 4.3 Millionen Franken veranschlagt. Die juristischen Personen steuern rund 175'000 Franken zum Haushalt bei. Das sind 50'000 Franken weniger als im Budget des Vorjahres.

### **Nettoinvestitionen von 2.2 Million Franken**

Die Nettoinvestitionen von 2'219'000 Franken erreichen das Budget des Vorjahres. Investiert wird in den Hoch- und Tiefbau. In die Gemeindestrassen sollen netto 670'000 Franken, in die Wasserversorgung netto rund 440'000 Franken, in das Verwaltungsgebäude netto 600'000 Franken und in die Schulraumerweiterung netto 461'000 Franken investiert werden.

#### **Düstere Aussichten**

Die Finanzplanung rechnet mit jährlichen Defiziten in der Erfolgsrechnung, die nur bis Ende 2025 durch das Eigenkapital der Gemeinde gedeckt sind. Wie und ob sich die Fertigstellung der sich im Bau befindenden Wohneinheiten auf das Steuersubstrat und somit auch auf den Finanzausgleich und auf die Bildungsausgaben auswirken, ist ungewiss. Der Gemeinderat geht in seiner Planung grundsätzlich von steigenden Bildungsausgaben und höheren Aufwendungen für die (ambulante) Alterspflege aus. Wie nachhaltig die Stabilisierung des Ausgabenwachstums im Bereich der Sozialen Sicherheit ist, kann nicht antizipiert werden. Zu viele nicht beeinflussbare Faktoren wirken sich auf diesen Bereich aus. Die grosse Investitionstätigkeit belastet den Haushalt nicht nur in Form von steigendem Zinsaufwand, sondern auch mit höherem Abschreibungsaufwand.